

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. —

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. —

Telegramme: Kegelblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgeschäfts Amt.

Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 246

Donnerstag, den 21. Oktober 1926

21. Jahrgang

Die Abrüstungsberatungen in Genf.

Giftgase offiziell als Kampfmittel vorgeschlagen.

Genf, 19. Oktober. In den immer noch andauernden Beratungen des Militärkomitees der Abrüstungskommission, die in der ersten Hälfte November nach sechs Monaten Dauer zu Ende gehen dürfte, ist der sonderbare Gedanke eines

Giftgaskrieges im Namen des Völkerbundes aufgetaucht.

Die französischen Militärs haben zusammen mit denen der „kleinen Entente“, Polens und Finnlands, die unter dem Druck einer Kriegsandrohung von Rußland her stehen oder zu stehen behaupten, den Vorschlag gemacht, als Sanktion für einen etwa vertragswidrig unternommenen Angriff mit Giftgasen den schuldigen Staat dadurch zu bestrafen, daß alle übrigen Vertragsstaaten mit allen Mitteln ihrer chemischen Industrie den Verbrecherstaat überfallen sollen.

Die deutsche Delegation unter Führung des Oberstleutnants von Büttcher hat dazu erneut die Erklärung abgegeben, daß Deutschland zu jedem Abkommen über ein

Verbot des Giftgaskrieges vorbehaltlos bereit ist, und sie hat auf das Bedenkliche einer solchen „Sanktion“

aufmerksam gemacht, die den Giftgaskrieg geradezu legitimieren würde, anstatt ihn zu verbieten.

Die englischen, amerikanischen und viele anderen Sachverständigen haben sich wegen des politischen Charakters dieser Frage, für welche das Militärkomitee überhaupt nicht zuständig sei, an der Beratung nicht beteiligt, ebensowenig wie an der ganzen Verhandlung des militärischen Komitees über die sogenannte regionale Abrüstung, die eine rein politische Angelegenheit darstelle und deshalb nur von der Hauptkommission für die Abrüstungskonferenz beraten werden dürfte.

Paris, 19. Oktober. Der gemischte Unterausschuß, der die wirtschaftliche und finanzielle Seite des Entwaffnungsproblems prüfen soll, befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Diskussion des Kommissionsberichts, den das tschechische Mitglied Popelichil über die Frage der eventuellen Herabsetzung der militärischen Ausgaben erstattet hat. Die Kommission beschloß, einen Bericht des polnischen Vertreters beim Völkerbund über die Lage der Gebiete, die nicht über genügend Hilfsmittel, namentlich Rohmaterialien, verfügen, um im Kriegsfall aus eigener Kraft das notwendige Material zur Kriegsführung herzustellen, entgegenzunehmen.

Die britische Reichskonferenz.

Die Beziehungen zwischen den Dominions und dem Mutterland.

London, 19. Okt. Die britische Reichskonferenz, in der die leitenden Mitglieder der Kabinette sämtlicher Länder des britischen Reiches vertreten sind, ist heute vormittag, wie vorgeesehen, eröffnet worden. Voran ging die feierliche Enthüllung des Denkmals für die im Kriege Gefallenen in der Westminsterabtei durch den Prinzen von Wales.

Nach der Eröffnung der Konferenz wurde eine Botschaft an das Königshaus abgesandt, in der auf die Liebe und Ergebenheit der unter der Krone vereinigten Völker des britischen Gemeinwesens hingewiesen wird. Ministerpräsident Baldwin begrüßte die Vertreter der Uebersee-Dominions. Er erinnerte daran, was von den früheren Konferenzen zur Entwicklung der einzelnen Teile des Reiches geschaffen worden war und kündigte an, daß die Erörterungen auf dieser Konferenz sich auf das gesamte Gebiet der Reichspolitik und auf das Verhältnis der einzelnen Teile des Reiches untereinander erstrecken werde, um festzustellen, auf welche Weise die Dominions untereinander und mit dem Mutterlande inniger verknüpft werden könnten.

Die Konferenz werde sich mit der Frage zu befassen haben, wie diese Verbindung enger gestaltet werden könnte, wie der Handel vermehrt und die wirtschaftlichen Möglichkeiten zum gegenseitigen Vorteil gestaltet werden könnten. — Nach Baldwin sprachen die Premierminister von Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Neufundland, der Präsident des Völkerbundes, der irische Freistaat, der Maharadscha von Burwan und der Staatssekretär für koloniale Angelegenheiten. Dem Finanzsekretär der Admiralität Davidson wurde die Ueberwachung des Verhandlungsberichtes übertragen. Ein gemeinsames Sekretariat, das Vertreter Großbritanniens, der Dominions und Indiens umfaßt, wurde ernannt.

Einzelheiten der Baldwinrede.

In seiner Rede führte Ministerpräsident Baldwin noch aus: Mit einem stetigen Prozeß der Erweiterung der Selbstverwaltung und der

Entwicklung des Nationalbewußtseins

ist dauernd auch die Notwendigkeit verbunden, die Beziehungen zwischen der Regierung von Großbritannien und den Regierungen der einzelnen Teile des Reiches der veränderten Lage der Dinge anzupassen. Nichtiges ist die Notwendigkeit für den Ausgleich der Beziehun-

gen zwischen den Regierungen des Reiches deutlicher gewesen als auf dem Gebiete der Außenpolitik. Baldwin erinnerte an die Rede Sir Edward Greys vom Jahre 1911 vor dem Reichsverteidigungsausschuß, worin er sagte, „der Ausgangspunkt der bevorstehenden Beratung über die Außenpolitik und die auswärtige Lage sei in Wirklichkeit die Schaffung und die wachsende Stärke getrennter Flotten und Streitkräfte in den Dominions. Es sei möglich, getrennte Flotten in einem vereinigten Reich zu haben, aber dies sei nicht möglich ohne eine gemeinsame Außenpolitik, die die Aktionen der verschiedenen Streitkräfte in den verschiedenen Teilen des Reiches bestimme. Daher habe die Schaffung getrennter Flotten es notwendig gemacht, daß die Außenpolitik des Reiches eine gemeinsame Politik sei.“ Baldwin fuhr fort, daß es sich jetzt nicht nur um die Frage handle, wie man den

Grundriss der Selbstverwaltung

in äußeren sowohl wie in inneren Angelegenheiten mit der Notwendigkeit einer auswärtigen Politik des allgemeinen Reichsinteresses verbinde. Baldwin erklärte unter Hinweis auf die auf der Reichskonferenz vom Jahre 1923 vereinbarte und von allen auf der jetzigen Konferenz vertretenen Regierungen aufgenommene Entschliessung über die Unterzeichnung, den Abschluß und die Ratifizierung von Verträgen, daß diese Entschliessung auf Grund der Erfahrung jetzt einer Erläuterung und Erweiterung bedürfe. Auf dem Gebiet der Reichsverteidigung sei ein ständiger Fortschritt zur Besserung der Möglichkeiten des Zusammenwirkens, „wenn sich die Notwendigkeit unglücklicherweise ergeben sollte“, vor sich gegangen. Baldwin bezeichnete die Flotten der einzelnen Reichsteile, von denen der Bestand des Reiches letzten Endes abhängig sei, als die denkbar stärksten Bande, die das Reich zusammenhielten. Auf dem Gebiete des Landheeres sei auch viel zur Erläuterung der Zusammenarbeit geschehen. Nicht minder bedeute die Luftflotte ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Mutterland und den Dominions, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung, sondern auch dem des Verkehrs. Als das dritte, nicht unbedeutendste Gebiet, auf dem sich die Reichskonferenz betätigen könne, bezeichnete Baldwin die Handels- und Auswanderungsfragen. In der morgigen Sitzung der Konferenz wird Chamberlain in einer Rede, die nicht veröffentlicht werden soll, zu den Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen.

Berufung Croenens in die Historische Kommission für das Reichsarchiv.

Berlin, 19. Okt. Zum Mitglied der Historischen Kommission für das Reichsarchiv hat der Reichspräsident an Stelle des Vizepräsidenten Grafen von Brockdorff-Rangau den Generalleutnant a. D. Croenen für die Dauer von fünf Jahren berufen.

Ludendorff warnt vor der Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei!!

General Ludendorff erklärt zu den Wahlen in Sachsen: Ich erwarte, daß sich niemand mehr von den Parteien fangen läßt, die ihre Mitglieder immer wieder dadurch irreführen, daß sie vorgeben, deutsche Politik zu treiben. Ich meine die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei. Ueber

die verfeinerte, rein kapitalistische Volkspartei des Herrn Stresemann wird ein Zweifel nicht bestehen. Sie ist schon lange klar erkennbar aus den schwarz-weiß-roten Parteien ausgeschlossen, obwohl sie immer noch diese heiligen Farben entweilt. Die Deutschnationale Volkspartei scheidet sich selbst immer mehr aus den schwarz-weiß-roten Parteien aus.

Jüdische, römische und freimaurerische Einflüsse werden in ihr immer maßgebender. Seitdem sie nur Locarno, Genf und damit mittelbar Versailles und die Schuldfrage als recht anerkannt, den Dawes-Pakt ermöglicht und die Sparrer an Stiel gelassen hat, zeigt sie klar und deutlich, daß sie nur noch Dienerin der überstaatlichen Mächte ist, keine deutsche und völkische Partei.

Bayern und die geplante Fredericus-Mark.

Der „Bayerische Kurier“, das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei, schreibt über die angeklagte 10-Pfennig-Briefmarke mit dem Bild Friedrichs des Großen, man würde es in Süddeutschland nicht verstehen, wenn das Bild Friedrichs des Großen auf einer Reichsmarkte erscheinen würde. Den derzeitigen Fredericusmarkt mitzumachen, hätten nur diejenigen ein Interesse, die ein Großpreußen anstreben. Was würde man in Berlin sagen, wenn das Bild eines bayerischen Königs auf einer Reichsmarkte erscheinen würde? Dieser bayerische Protest, so bemerkt das „Berliner Tageblatt“ ist um so interessanter, da Reichspostminister Ströngl selber Bayer ist und als Vertrauensmann der Bayerischen Volkspartei im Reichskabinettt sitzt.

Zum Besuch des holländischen Ministers des Innern in Haus Doorn.

Amsterdam, 19. Okt. Zu dem Besuch des Ministers des Innern, Dr. van der Vliet, beim ehemaligen deutschen Kaiser in Doorn bemerkt „Allgemeines Handelsblatt“, vonseiten der niederländischen Regierung werde die Erklärung aufrechterhalten, daß von einer Abreise des früheren Kaisers keine Rede sei; der Besuch des Ministers stehe in keiner Verbindung mit einer solchen. Es sei unrichtig, daß die niederländische Regierung in dieser Frage gegenüber den Großmächten Verpflichtungen eingegangen sei. Zu den in der deutschen Presse gedruckten Vermutungen, die englische Regierung habe über eine Rückkehr des ehemaligen Kaisers auf offiziellem Wege im Haag Erkundigungen einzuziehen wollen, erklärt „Telegraaf“, daß keinerlei derartige Schritte unternommen worden seien.

Vor einem neuen Rutiler-Prozeß.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte werden sich, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, Anfang November der Kaufmann Ivan Rutiler, Staatsfinanzrat z. D. Dr. Fritz Rühle und Oberfinanzrat a. D. Dr. Hans Helwig wegen schwerer Verbrechen gegen das Kapitalmarktgesetz zu verantworten haben. Rutiler ist angeklagt, weil er Rübisen gehandelt hat, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein, während Rühle und Helwig beschuldigt sind, ihm dabei sachfällig unterstützt zu haben.

Keine Verwendung Sessels

im diplomatischen Dienst.

Berlin, 19. Okt. Die Gerüchte von einer Verwendung v. Sessels im diplomatischen Dienst werden vom Auswärtigen Amt als Phantastereien bezeichnet.

Professor Brunner gegen das Zensurgesetz.

Der aus seiner Berliner Tätigkeit als Jenfer bekannte Professor Brunner, der jetzt am Chiemsee lebt, sprach gestern im Verein der Münchener Buchhändler und Verleger gegen den Entwurf des Gesetzes zum Schutze gegen Schmutz und Schund. Nach einer Meldung der „Börsen Zeitung“ erklärte Brunner, das Gesetz gefährde die Pressefreiheit, da es den Begriff Schund nicht hinreichend definiere. Auch die dem Entwurf beigelegte Schundliste sei falsch. Um wirtschaftliche Verluste zu vermeiden, würden die Verleger gezwungen sein, die Zensur zu beugen.

Verfuchte Heimkehr eines türkischen Prinzen.

Paris, 19. Okt. Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel hat Prinz Ala-Edin, der Sohn des verstorbenen Sultans Mehmed V., der als Verbannter im Auslande lebt, am Montag versucht, mit falschem Paß nach der Türkei zurückzukehren. Bei der Landung wurde er jedoch trotz seiner Verkleidung erkannt und wieder auf das Schiff zurückgebracht, mit dem er die Reise nach der Türkei antreten sollte.